

Mémorial **Memorial**
du des
Grand-Duché de Luxembourg. **Großherzogtum Luxemburg.**

Samedi, 28 juillet 1917.

Nº 61.

Samstag, 28. Juli 1917.

Loi du 28 juillet 1917, concernant l'introduction d'un impôt sur les charbons.

Nous MARIE-ADÉLAÏDE, par la grâce de Dieu Grande-Duchesse de Luxembourg, Duchesse de Nassau, etc., etc., etc.;

Notre Conseil d'État entendu;

De l'assentiment de la Chambre des députés;

Vu la décision de la Chambre des députés du 25 juillet 1917, et celle du Conseil d'État du 27 du même mois, portant qu'il n'y a pas lieu à second vote;

Avons ordonné et ordonnons:

Art. 1^{er}. Le Gouvernement est autorisé à introduire dans le Grand-Duché un impôt sur les charbons dans les mêmes conditions et aux mêmes taux que celui qui sera mis en vigueur dans les États de l'Union douanière à partir du 1^{er} août 1917.

Ces taux et conditions, de même que les mesures d'exécution non spécialement réservées au Directeur général des finances, feront l'objet d'un règlement d'administration publique.

Les infractions aux dispositions de ce règlement seront punies des peines y comminées.

Art. 2. Le Gouvernement est également autorisé à conclure un arrangement avec le Gouvernement allemand au sujet du mode de répartition du produit de l'impôt dont il s'agit.

Art. 3. La présente loi est applicable à partir

Gesetz vom 28. Juli 1917, betreffend die Einführung einer Kohlensteuer.

Wir Maria Adelsheid, von Gottes Gnaden Großherzogin von Luxemburg, Herzogin zu Nassau, etc., etc., etc.;

Nach Anhörung Unseres Staatsrates;

Mit Zustimmung der Abgeordnetenversammlung;

Nach Einsicht der Entscheidung der Abgeordnetenversammlung vom 25. Juli 1917 und derjenigen des Staatsrates vom 27. d. d. Monats, wonach eine zweite Abstimmung nicht erfolgen wird;

Haben verordnet und verordnen:

Art. 1. Die Regierung ist ermächtigt, im Großherzogtum eine Kohlensteuer einzuführen, und zwar unter denselben Bedingungen und zu denselben Steuersätzen wie die in den Zollvereinsstaaten vom 1. August 1917 ab eingeführte gleiche Steuer.

Diese Steuersätze und Bedingungen sowie diejenigen Ausführungsbestimmungen, welche nicht besonders dem General-Direktor der Finanzen vorbehalten sind, werden Gegenstand eines öffentlichen Verwaltungsreglements bilden.

Zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Reglements werden mit den in demselben vorgesehenen Strafen geahndet.

Art. 2. Die Regierung ist ebenfalls ermächtigt, mit der Deutschen Regierung ein Abkommen hinsichtlich des Verteilungsmodus des Ergebnisses der Kohlensteuer abzuschließen.

Art. 3. Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 1.

du 1^{er} août 1917 et restera en vigueur jusqu'au 31 juillet 1920.

Mandons et ordonnons que la présente loi soit insérée au *Mémorial* pour être exécutée et observée par tous ceux que la chose concerne.

Château de Berg, le 28 juillet 1917.

MARIE-ADÉLAÏDE.

*Le Ministre d'Etat,
Président du Gouvernement,
L. KAUFFMAN.*

Arrêté grand-ducal du 28 juillet 1917, portant publication des dispositions concernant l'introduction d'un impôt sur les charbons.

Nous MARIE-ADÉLAÏDE, par la grâce de Dieu Grande-Duchesse de Luxembourg, Duchesse de Nassau, etc., etc., etc.;

Vu la loi en date de ce jour, concernant l'introduction d'un impôt sur les charbons;

Notre Conseil d'Etat entendu;

Sur le rapport de Notre Ministre d'Etat, Président du Gouvernement, et après délibération du Gouvernement en conseil;

Avons arrêté et arrêtons:

Art. 1^{er}. Les dispositions suivantes, concernant l'introduction d'un impôt sur les charbons, seront publiées afin d'exécution:

I. Abschnitt. — Allgemeine Vorschriften.

§ 1. — Die inländische sowie die aus dem Ausland eingeführte Kohle unterliegt einer in die Staatskasse fließenden Abgabe (Kohlensteuer).

§ 2. — Im Sinne dieses Reglementes gelten als Kohle alle Arten nicht aufbereiteter oder aufbereiteter Stein- und Braunkohle, bei Braunkohle auch die aus ihr hergestellten Preßkohlen, bei der Einfuhr aus dem Ausland außerdem Koks sowie die aus Steinkohle hergestellten Preßkohlen.

§ 3. — Zur Entrichtung der Steuer ist verpflichtet, wer von ihm im Inland gewonnene Kohle oder aus von ihm gewonnener Braunkohle hergestellte Preßkohlen auf Grund eines Kaufvertrags liefert oder sie sonst abgibt oder sie der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbräuche zuführt.

August 1917 in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 31. Juli 1920.

Befehlen und verordnen, daß dieses Gesetz ins „Mémorial“ eingerückt werde, um von Allen, die es betrifft, ausgeführt und befolgt zu werden.

Schloß Berg, den 28. Juli 1917.

Maria Adelhaid.

*Der Staatsminister,
Präsident der Regierung,
L. Kauffman.*

Großh. Beschluß vom 28. Juli 1917, wodurch die Bestimmungen über die Einführung einer Kohlensteuer veröffentlicht werden.

Wir Maria Adelhaid, von Gottes Gnaden Großherzogin von Luxemburg, Herzogin zu Nassau, etc., etc., etc.;

Nach Einsicht des Gesetzes vom heutigen Tage betreffend die Einführung einer Kohlensteuer;

Nach Anhörung Unseres Staatsrates;

Auf den Bericht Unseres Staatsministers, Präsidenten der Regierung, und nach Beratung der Regierung im Konseil;

Haben beschlossen und beschließen:

Art. 1. Folgende Bestimmungen, betreffend die Einführung einer Kohlensteuer, werden veröffentlicht, um ausgeführt zu werden:

Zur Entrichtung der Steuer ist ferner verpflichtet, wer von einem anderen im Inland gewonnene Steinkohle aufbereitet oder wer von einem anderen im Inland gewonnene Braunkohle zu Preßkohlen verarbeitet und dann auf Grund eines Kaufvertrags liefert oder sie sonst abgibt oder sie der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbräuche zuführt. Er erhält bei Versteuerung der bei ihm steuerpflichtig gewordenen Kohle die Steuer vergütet, welche für die zur Aufbereitung oder Verarbeitung bezogene Kohle entrichtet worden ist.

Zur Entrichtung der Steuer für aus dem Ausland eingeführte Kohle ist der Empfänger verpflichtet.

§ 4. — Die Steuerpflicht für die inländische Kohle tritt ein, sobald die Kohle geliefert, sonst abgegeben oder der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbräuche zugeführt wird; die Steuer wird fällig am letzten des folgenden Monats. Die Regierung kann bestimmen, daß bei zur Verkokung gebrachten Steinkohlen die steuerpflichtige Menge allgemein oder in besonderen Fällen nach dem normalen Ausbringen an Koks ermittelt wird und die Versteuerung erst erfolgt, wenn der Koks auf Grund eines Kaufvertrags geliefert oder sonst abgegeben oder der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbräuche zugeführt wird.

Die Steuerpflicht für aus dem Ausland eingeführte Kohle tritt ein mit der Grenzüberschreitung. Die Steuer wird fällig, sobald die Sendung zum freien Verkehr abgefertigt worden ist. Die steuerpflichtige Kohle haftet ohne Rücksicht auf die Rechte eines Dritten für die darauf ruhende Steuer und kann, solange deren Entrichtung nicht erfolgt ist, von der Zollbehörde zurückbehalten oder mit Beschlagnahme belegt werden.

Im Falle der Hinterziehung gilt die Steuer als in dem Augenblicke fällig geworden, in dem die Kohle zur Versteuerung hätte angemeldet werden müssen.

§ 5. — Der Versteuerung unterliegen nicht die zur Aufrechterhaltung des Betriebs des Bergwerkes sowie der Aufbereitungsanlagen erforderlichen Kohlen, ferner diejenigen Mengen an Braunkohle, welche als Betriebsmittel zur Herstellung der Preßkohlen benötigt werden.

Der Versteuerung unterliegen ferner nicht die auf Grund des Arbeitsverhältnisses oder Herkommens den Angestellten und der Belegschaft der Bergwerke sowie deren Berginvaliden und Bergmanns-witwen für deren eigenen Bedarf, aus der eigenen Förderung gewährten Hausbrandkohlen.

Die Regierung ist ermächtigt, Bestimmungen zu treffen, inwieweit Kohle steuerfrei zu belassen ist, die zum Betriebe von Schiffen oder Eisenbahnzügen dient, die den Verkehr mit dem Ausland vermitteln. Das gleiche gilt für Kohle, welche zu Ölen, Fetten, Wachs und ähnlichen Erzeugnissen verarbeitet wird.

§ 6. — Die Steuer beträgt zwanzig vom Hundert des Wertes der gelieferten oder sonst abgegebenen oder der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbräuche zugeführten oder der eingeführten Kohle.

Sofern Gemeinden oder Gemeindeverbände nach von der Regierung aufzustellenden Grundsätzen Einrichtungen treffen, die den Inhabern von Kleinwohnungen den Bezug von Hausbrandkohlen verbilligen, so werden die für diesen Zweck bezogenen Kohlen von der Steuer zur Hälfte befreit.

§ 7. — Die steuerpflichtig gewordene Kohle ist nach Menge und Wert nach näherer Bestimmung der Regierung der Zollbehörde schriftlich anzumelden.

§ 8. — Als Wert der auf Grund eines Kaufvertrages gelieferten Kohle gilt der Verkaufspreis, ab Grube (§ 3 Abs. 1) oder Verarbeitungsstelle (§ 3 Abs. 2) gerechnet. Nachvergütungen oder neben dem Verkaufspreis gewährte Vorteile gelten als Teil des Verkaufspreises. Ist der Verkaufspreis einschließlich Steuer berechnet, so wird der Besteuerung der Verkaufspreis abzüglich der Steuer zugrunde gelegt.

Erfolgt die Lieferung unmittelbar oder mittelbar an einen Wiederverkäufer, an dessen Verkaufserlös der Steuerpflichtige beteiligt ist, so kann die Zollbehörde den der Besteuerung zugrunde zu legenden Verkaufspreis unter Berücksichtigung des bei dem Wiederverkauf erzielten Zwischengewinns gemäß § 10 anderweit festsetzen.

Der Wert der in anderer Weise als durch Verkauf abgegebenen sowie der der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbräuche zugeführten Kohle bestimmt sich nach dem für Kohle gleicher Art ab Grube oder ab Verarbeitungsstelle geltenden Verkaufspreis.

§ 9. — Als Wert der aus dem Ausland eingeführten Kohle gilt der Erwerbspreis zuzüglich der bis zum Orte der Grenzeingangsstelle entstandenen Kosten. Die Regierung ist ermächtigt, für diese Zuschläge feste Sätze für je eine Tonne Kohlen zu bestimmen oder der Besteuerung lediglich den Erwerbspreis zugrunde zu legen.

Die Regierung wird ermächtigt, bezüglich der Einfuhr von Kohle aus Staaten, welche selber eine Steuer auf Kohle erheben, Vereinbarungen zu treffen, durch welche eine Doppelbesteuerung der Kohle vermieden wird.

§ 10. — Steht der angegebene Verkaufspreis im Mißverhältnis zu den sonst ab Grube oder ab Verarbeitungsstelle abgeschlossenen Preisen für entsprechende Mengen von Kohle gleicher Art, oder trägt die Zollbehörde Bedenken, den nach § 8 Abs. 3 oder § 9 angemeldeten Wert als richtig anzunehmen, so kann die Zollbehörde die Anmeldung beanstanden.

Führen die Verhandlungen mit dem Steuerpflichtigen nicht zur einer Einigung, so ist die Zollbehörde berechtigt, der Besteuerung den Marktpreis zugrunde zu legen oder in Ermangelung eines solchen den Wert schätzen zu lassen und danach die Steuer festzusetzen.

§ 11. — Wird der Wert der Kohle von der Zollbehörde abweichend von der Anmeldung des Steuerpflichtigen festgesetzt, so ist dem Steuerpflichtigen über die Festsetzung ein Bescheid zu erteilen.

Gegen den Bescheid ist die Beschwerde an die Regierung zulässig. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 12. — Ansprüche auf Zahlung oder Erstattung der Steuer verjähren in einem Jahre vom Tage des Eintritts der Fälligkeit oder der Entrichtung ab. Der Anspruch auf Nachzahlung eines hinterzogenen Steuerbetrags verjährt in drei Jahren.

Die Verjährung wird durch jede von der zuständigen Behörde gegen den Zahlungspflichtigen zur Geltendmachung des Anspruchs gerichtete Handlung unterbrochen.

II. Abschnitt. — Steueraufsicht.

§ 13. — Wer im Inland Kohle gewinnen, aufbereiten oder Braunkohle zu Breßkohlen verarbeiten will, hat dies vor der Eröffnung des Betriebes der Zollbehörde nach deren näherer Bestimmung

anzumelden. Ebenso sind alle Änderungen im Besitz oder im Betrieb anzumelden, die auf die Festsetzung oder die Entrichtung der Steuer Einfluss haben.

§ 14. — Ein Betriebsinhaber, der den Betrieb nicht selbst leitet, hat der Zollbehörde diejenige Person zu bezeichnen, die als Betriebsleiter in seinem Namen handelt.

Die im folgenden für den Betriebsinhaber gegebenen Vorschriften gelten, mit Ausnahme derjenigen über die Kostenpflicht im § 17 Satz 2, auch für den Betriebsleiter.

§ 15. — Die nach § 3 Abs. 1 und 2 steuerpflichtigen Betriebe unterliegen der Steueraufsicht. Die Beamten der Zollverwaltung sind befugt, die Anlagen, solange darin gearbeitet wird, zu jeder Zeit, andernfalls während der Tagesstunden zu besuchen. Die Befugnis erstreckt sich nur auf die über Tage liegenden Teile der Anlagen, einschließlich der Geschäftsräume und Verladungsanlagen. Die Zeitbeschränkung fällt weg, wenn Gefahr im Verzug ist.

§ 16. — Der Betriebsinhaber hat den Zollbeamten jede für die Steueraufsicht erforderliche Auskunft über den Betrieb und den Absatz zu erteilen.

§ 17. — Ist der Betriebsinhaber wegen Steuerhinterziehung bestraft worden, so kann der Betrieb besonderen Aufsichtsmaßnahmen unterworfen werden. Die Kosten fallen dem Betriebsinhaber zur Last. Die Einziehung der Kosten erfolgt nach den Vorschriften über das Verfahren für die Beitreibung der Zölle und mit deren Vorzugsrechten.

§ 18. — Der Betriebsinhaber ist verpflichtet, nach Bestimmung der Zollbehörde über die gewonnenen, bezogenen und verarbeiteten sowie über die auf Grund von Kaufverträgen gelieferten oder sonst abgegebenen oder der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbräuche zugeführten Mengen Kohle fortlaufende Aufschreibungen nach Sorten und Wert zu führen.

Den Oberbeamten der Zollverwaltung sind die auf die Gewinnung, den Bezug, die Verarbeitung und den Absatz der Kohle bezüglichen Geschäftsbücher und Geschäftspapiere auf Erfordern zur Einsicht vorzulegen.

§ 19. — Aus dem Ausland darf Kohle nur auf einer Zollstraße und während der Zollstunden eingeführt werden.

III. Abschnitt. — Strafvorschriften.

§ 20. — Wer es unternimmt, dem Staate die in diesem Reglemente vorgesehene Steuer vorzuenthalten, macht sich der Hinterziehung schuldig.

§ 21. — Der Tatbestand des § 20 wird insbesondere dann als vorliegend angenommen:

1. wenn mit der Gewinnung, Aufbereitung oder Verarbeitung von Kohle begonnen wird, bevor die Anmeldung des Betriebes (§ 13) in der vorgeschriebenen Weise erfolgt ist;
2. wenn die im § 7 vorgeschriebene Anmeldung nicht oder nicht richtig abgegeben wird;
3. wenn die im § 18 vorgeschriebenen Aufschreibungen nicht oder nicht richtig geführt werden;
4. wenn Kohle aus dem Ausland nicht auf einer Zollstraße oder nicht während der Zollstunden eingeführt wird.

Der Hinterziehung wird es gleichgeachtet, wenn jemand Kohle, von der er weiß oder den Umständen

den nach annehmen muß, daß hinsichtlich ihrer eine Hinterziehung der Steuer stattgefunden hat, erwirbt und den Erwerb nicht sofort der Zollbehörde anmeldet.

Wird festgestellt, daß eine Vorenthaltung der Steuer nicht stattgefunden hat oder nicht beabsichtigt worden ist, so tritt nur eine Ordnungsstrafe nach § 24 ein.

§ 22. — Wer eine Hinterziehung begeht, wird mit einer Geldstrafe in Höhe des vierfachen Betrages der Steuer, mindestens aber in Höhe von eintausend zweihundertundfünfzig Franken für jeden einzelnen Fall bestraft. Außerdem ist die Steuer von dem Steuerpflichtigen nachzuzahlen.

Kann der Betrag der Steuer nicht festgestellt werden, so tritt eine Geldstrafe bis zu einhundertfünfundzwanzigtausend Franken ein.

§ 23. — Im Falle der Wiederholung der Hinterziehung nach vorausgegangener Bestrafung werden die in § 22 vorgesehenen Strafen verdoppelt.

Jeder fernere Rückfall wird mit Gefängnis von acht Tagen bis zu zwei Jahren und zugleich mit Geldstrafe nicht unter dem Vierfachen der in § 22 vorgesehenen Strafen bestraft. Doch kann nach richterlichem Ermessen mit Berücksichtigung aller Umstände und der vorangegangenen Fälle an Stelle der Gefängnisstrafe auf Geldstrafe nicht unter dem Vierfachen der in § 22 vorgesehenen Strafen erkannt werden.

Die Rückfallstrafe tritt ein, auch wenn die frühere Strafe nur teilweise verbüßt, oder ganz oder teilweise erlassen worden ist; sie bleibt ausgeschlossen, wenn seit der Verbüßung oder dem Erlassen der früheren Strafe bis zur Begehung der neuen Straftat drei Jahre verfloßen sind.

§ 24. — Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Reglementes und die dazu erlassenen und öffentlich oder den Beteiligten besonders bekannt gemachten Verwaltungsbestimmungen werden, sofern sie nicht nach den § 22 und 23 mit einer besondern Strafe bedroht sind, mit einer Ordnungsstrafe von einem Franken fünfundzwanzig Centimes bis zu dreihundertfünfundsiebenzig Franken bestraft.

§ 25. — Der Inhaber des unter Steueraufsicht stehenden Betriebs (§ 15) und der Empfänger haften für die von ihren Verwaltern, Geschäftsführern, Gehilfen und sonstigen in ihrem Dienste oder Lohne stehenden Personen sowie von ihren Familien- oder Haushaltsmitgliedern verurteilten Geldstrafen und Kosten des Strafverfahrens im Falle des Unvermögens der eigentlich Schuldigen, wenn nachgewiesen wird,

1. daß die Zuwiderhandlung mit ihrem Wissen verübt ist, oder

2. daß sie bei Auswahl und Anstellung der Verwalter, Geschäftsführer, Gehilfen und sonstigen in ihrem Dienste oder Lohne stehenden Personen oder bei Beaufichtigung dieser sowie der bezeichneten Hausgenossen nicht mit der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes vorgegangen sind.

Läßt sich die Geldstrafe von dem Schuldigen nicht beitreiben, so kann die Zollbehörde davon absehen, den für die Geldstrafe Haftenden in Anspruch zu nehmen und die an Stelle der Geldstrafe tretende Freiheitsstrafe an dem Schuldigen vollstrecken lassen.

§ 26. — Bei Umwandlung der nicht beizutreibenden Geldstrafen in Freiheitsstrafen darf die Frei-

heitsstrafe bei einer Hinterziehung im ersten Falle sechs Monate, im ersten Rückfall ein Jahr und im ferneren Rückfall zwei Jahre, bei einer Ordnungsstrafe drei Monate nicht übersteigen.

Im Falle des § 22 Abs. 2 bleibt bei der Umbwandlung ein Fünftel der Geldstrafe außer Betracht.

§ 27. — Die Zollbehörde kann die Beobachtung der auf Grund dieses Reglementes getroffenen Anordnungen durch Androhung und Einziehung von Geldstrafen bis zu sechshundertfünfundsiebenzig Franken im einzelnen Falle erzwingen. Die Vorschrift des § 17 letzter Satz findet entsprechende Anwendung.

§ 28. — Die Strafverfolgung von Hinterziehungen verjährt in drei Jahren, von Ordnungswidrigkeiten in einem Jahre.

§ 29. — In Ansehung des Verwaltungsstrafverfahrens, der Strafmilderung und des Erlasses der Strafe im Gnadenwege sowie in Ansehung der Strafvollstreckung kommen die Vorschriften zur Anwendung, nach denen sich das Verfahren wegen Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze bestimmt.

Die Geldstrafen fallen dem Staate zu, von dessen Behörde die Strafentscheidung erlassen ist. Im Falle des § 22 Abs. 2 ist an Stelle des nicht festgestellten Steuerbetrags von dem Betrage der Geldstrafe der fünfte Teil als Steuerbetrag zu verrechnen.

§ 30. — Ein im Strafverfahren eingegangener Geldbetrag ist zunächst auf die Steuer zu verrechnen.

IV. Abschnitt. — Sonstige Vorschriften.

§ 31. — Kohle, die aus den dem Zollgebiet angeschlossenen Staaten- und Gebietsteilen eingeht, ist spätestens beim Eintritt in das Inland zu versteuern.

§ 32. — Die Erhebung und Verwaltung der Kohlensteuer erfolgt durch die Zollbehörden.

V. Abschnitt. — Übergangs- und Schlussvorschriften.

§ 33. — Soweit beim Inkrafttreten dieses Reglementes Verträge über Lieferung von Kohle oder aus Kohle hergestellten festen Brennstoffen bestehen, ist der Lieferer berechtigt, dem Abnehmer die auf die zu liefernde Menge entfallende Kohlensteuer in Rechnung zu stellen.

Soweit beim Inkrafttreten dieses Reglementes Verträge über Lieferung von elektrischer Arbeit, Gas, Wasser, Heizung oder Dampfkraft oder Preisvereinbarungen über derartige Leistungen bestehen, ist der Lieferer berechtigt, einen Zuschlag zum Preise zu verlangen, welcher der ihm durch die Kohlensteuer verursachten Erhöhung der Herstellungs-, Betriebs- oder Bezugskosten entspricht. Die Regierung ist ermächtigt, die Entscheidung entstehender Streitigkeiten Schiedsgerichten zuzuweisen.

Art. 2. Le présent arrêté sera applicable à partir du 1^{er} août 1917 et restera en vigueur jusqu'au 31 juillet 1920.

Art. 2. Dieser Beschluß tritt mit dem 1. August 1917 in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 31. Juli 1920.

Art. 3. Notre Directeur général des finances

Art. 3. Unser General-Direktor der Finanzen

est chargé de l'exécution du présent arrêté qui sera inséré au *Mémorial*.

Château de Berg, le 28 juillet 1917.

MARIE-ADÉLAÏDE.

*Le Ministre d'Etat,
Président du Gouvernement.*

L. KAUFFMAN.

Arrêté grand-ducal du 20 juillet 1917, déclarant d'utilité publique les travaux d'agrandissement de la gare centrale de Luxembourg, sur le territoire de la commune de Hollerich.

Nous MARIE-ADÉLAÏDE, par la grâce de Dieu Grande-Duchesse de Luxembourg, Duchesse de Nassau, etc., etc., etc.;

Vu la loi du 17 décembre 1859, sur l'expropriation forcée pour cause d'utilité publique;

Notre Conseil d'État entendu;

Sur le rapport de Notre Directeur général des travaux publics et après délibération du Gouvernement en conseil;

A'vons arrêté et arrêtons:

Art. 1^{er}. Les travaux d'agrandissement de la gare centrale de Luxembourg, partie située sur le territoire de la commune de Hollerich et comprise entre la distance kilométrique 14.900 et le territoire de la commune de Luxembourg, d'après les plans présentés le 7 février 1917 par l'administration exploitante des chemins de fer Guillaume-Luxembourg, sont déclarés d'utilité publique.

En conséquence les terrains à entreprendre pour les travaux ci-dessus le seront conformément à la loi susvisée du 17 décembre 1859.

Art. 2. Notre Directeur général des travaux

est mit der Ausführung des Beschlusses, welcher ins „Memorial“ eingerückt werden soll, beauftragt.

Schloß Berg, den 28. Juli 1917.

Maria Adelhaid.

*Der Staatsminister,
Präsident der Regierung,*

L. Kauffman.

Großh. Beschluß vom 20. Juli 1917, wodurch die Erweiterungsarbeiten des Zentralbahnhofes Luxemburg, auf dem Gebiete der Gemeinde Hollerich, zum Gegenstand öffentlichen Nutzens erklärt werden.

Wir Maria Adelhaid, von Gottes Gnaden Großherzogin von Luxemburg, Herzogin zu Nassau, etc., etc., etc.;

Nach Einsicht des Gesetzes vom 17. Dezember 1859 über die Zwangsenteignung wegen öffentlichen Nutzens;

Nach Anhörung Unseres Staatsrates;

Auf den Bericht Unseres General-Direktors der öffentlichen Arbeiten und nach Beratung der Regierung im Konseil;

Haben beschlossen und beschließen:

Art. 1. Die Erweiterungsarbeiten des Zentralbahnhofes Luxemburg, auf dem Gebiete der Gemeinde Hollerich, zwischen Kil. 14.900 und dem Gebiete der Gemeinde Luxemburg sind, gemäß den von der Betriebsverwaltung der Wilhelm-Luxemburg-Bahnen am 7. Februar 1917 eingereichten Plänen, zum Gegenstand öffentlichen Nutzens erklärt.

Demgemäß werden die zur Ausführung dieser Arbeiten erforderlichen Grundstücke auf Grund des Gesetzes vom 17. Dezember 1859 erworben.

Art. 2. Unser General-Direktor der öffent-

publics est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Château de Berg, le 20 juillet 1917.

MARIE-ADELAÏDE.

Le Directeur général
des travaux publics,

A. LEFORT.

Arrêté ministériel du 21 juillet 1917, conférant aux commis et aux commis auxiliaires des contributions et des accises les attributions des porteurs de contraintes pour l'exercice des poursuites en recouvrement des amendes et des condamnations pécuniaires en matière répressive.

LE MINISTRE D'ÉTAT, PRÉSIDENT DU
GOUVERNEMENT,

Vu l'art. 65 de la loi du 23 décembre 1913, concernant la revision de la législation régissant les impôts dont le recouvrement est attribué à l'administration de l'enregistrement et des domaines, aux termes duquel les porteurs de contraintes pourront remplacer les huissiers pour l'exercice des poursuites en recouvrement des amendes et des condamnations pécuniaires en matière répressive;

Vu l'arrêté du 16 thermidor an VIII contenant règlement sur le recouvrement des contributions directes et l'exercice des contraintes;

Considérant que l'exercice de ces poursuites par les commis et les commis auxiliaires des contributions et des accises aura pour conséquence une réduction notable des frais de recouvrement; qu'il échet de conférer à ces agents les attributions des porteurs de contraintes prévues par le dit art. 65 de la loi du 23 décembre 1913;

Arrête :

Art. 1^{er}. Les commis et les commis auxiliaires des contributions et des accises sont chargés de la signification des actes de pour-

lichen Arbeiten ist mit der Ausführung gegenwärtigen Beschlusses beauftragt.

Schloß Berg, den 20. Juli 1917.

Maria Adelheid.

Der General-Direktor,
der öffentlichen Arbeiten,
H. Lefort.

Beschluß vom 21. Juli 1917, wodurch den Kommiss und Hilfskommiss der Steuer- und Akzisenverwaltung die Befugnisse der Zwangsbefehlsträger im Beitreibungsverfahren der Geldbußen sowie der übrigen Verurteilungen in Strafsachen übertragen werden.

Der Staatsminister,
Präsident der Regierung;

Nach Einsicht des Gesetzes vom 23. Dezember 1913, betreffend Neugestaltung der Gesetzgebung über die von der Enregistrements- und Domänenverwaltung zu erhebenden Steuern, gemäß welchem die Zwangsbefehlsträger die Gerichtsvollzieher im Beitreibungsverfahren der Geldbußen sowie der übrigen Verurteilungen in Strafsachen ersetzen können;

Nach Einsicht des Beschlusses vom 16. Thermidor Jahr VIII, betreffend die Beitreibung der direkten Steuern und die Ausübung des Zwangsbefehls;

In Anbetracht, daß dieses Beitreibungsverfahren durch die Kommiss und Hilfskommiss der Steuerverwaltung eine fühlbare Ermäßigung der Beitreibungskosten nach sich ziehen wird; daß es angezeigt erscheint, diese Agenten mit den in vorbesagtem Art. 65 des Gesetzes vom 23. Dezember 1913 vorgesehenen Befugnissen zu betrauen;

Beschließt:

Art. 1. Die Kommiss und Hilfskommiss der Steuer- und Akzisenverwaltung sind mit der Aufstellung der Urkunden im Beitreibungsver-

suites pour le recouvrement des amendes et des condamnations pécuniaires en matière répressive.

Art. 2. Le présent arrêté sera publié au *Mémorial*.

Luxembourg, le 21 juillet 1917.

*Le Ministre d'Etat,
Président du Gouvernement,
L. KAUFFMAN.*

Avis. — Association d'assurance contre les accidents. — Relevé nominatif des délégués-patrons.

Le relevé ci-après indique, par canton judiciaire, les personnes qui, par décision de l'assemblée générale de la section industrielle de l'assurance accidents, en date du 30 juin 1917, seront appelées à fonctionner du 1^{er} janvier 1918 au 31 décembre 1920 en qualité de délégués-patrons.

(Art. 32 et 53 de la loi et art. 12, 14 et 25 des statuts.)

Canton Esch a. d. Mz.

Betriebsart A. — Hüttenwerke und
Maschinen.

Wirkliche Mitglieder.

H. H. Emil Mertz, Ingenieur (Wessenskirchen) zu Esch a. d. Mz.

August Mertz, Ingenieur (Arbod) zu Esch a. d. Mz.

Hermann Spoo, Industrielle zu Esch a. d. Mz.

Johann Friser, Industrielle zu Lettingen.

Ersatzmitglieder.

H. H. Heinrich Maffard, Industrielle zu Kayl.
Johann Heisen, Schlosser zu Schiff-
lingen.

Jakob Hamilius, Schlosser zu Esch a. d. Mz.

Franz Balance, Schlosser zu Differ-
dingen.

fahren der Geldbußen sowie der übrigen Verurteilungen in Strafsachen betraut.

Art. 2. Gegenwärtiger Beschluß wird ins „*Mémorial*“ eingetragen.

Luxemburg, den 21. Juli 1917.

*Der Staatsminister,
Präsident der Regierung,
L. Kauffman.*

Unfallversicherungsgenossenschaft. — Namensverzeichnis der Arbeitgeberdelegierten.

Das nachfolgende Namensverzeichnis gibt für jeden Gerichtskanton die Personen an, welche berufen sind, gemäß Beschluß der Generalversammlung der gewerblichen Abteilung der Unfallversicherungsgenossenschaft vom 30. Juni 1917 ab 1. Januar 1918 bis zum 31. Dezember 1920 als Arbeitgebervertreter zu wirken.

(Art. 32 und 53 des Gesetzes und Art. 12, 14 und 25 des Statuts.)

Betriebsart B. — Bergwerke und
Erzgruben.

Wirkliche Mitglieder.

H. H. Martin Brasseur, Minendirektor (de Saintignon) zu Esanvage.

Viktor Heß, Direktor (Chatelineau) zu Nimmelingen.

Gregor Barblé, Direktor (Burbacher Hütte) zu Esch a. d. Mz.

Jos. Frank, Minendirektor zu Esch a. d. Mz.

Ersatzmitglieder.

H. H. Ed. Nepper, Direktor (Monceau St. Fiacre) zu Nimmelingen.

Karl Hoffmann, Industrielle zu Schiff-
lingen.

Karl Kaiser, Industrielle zu Esch a. d. Mz.

Boever-Metteloß, Minenbesitzer
zu Nimmelingen.

Betriebsart C. — Erden, Bauten,
Gas, usw.

Wirkliche Mitglieder.

H. Aug. Jacquinet, Direktor der Ziegelei-
fabrik zu Wettemburg.

Alfred Lefèvre, Unternehmer zu Esch
a. d. Mz.

Sebastian Buchholz, Sohn, Eisenhand-
lung zu Esch a. d. Mz.

Josef Vogelin, Unternehmer zu Differ-
dingen.

Ersatzmitglieder.

H. Anton Caffaro, Unternehmer zu Esch
a. d. Mz.

Heinrich Cravatte, Bierhändler zu Esch
a. d. Mz.

Kaiser, Direktor der Gasanstalt zu Esch
a. d. Mz.

W. Tassin, Ziegeleiwerk zu Dödelingen.

Betriebsart D. — Verschiedenes.

Wirkliche Mitglieder.

H. Berinquer-Kayser, Aufreichermeister
zu Esch a. d. Mz.

Albert Buchholz, Bierbrauer zu Esch
a. d. Mz.

L. Heß, Verber zu Wettemburg.

Eug. Majerus, Zuckerbäcker zu Esch
a. d. Mz.

Ersatzmitglieder.

H. Moys Kummer, Buchdrucker zu Esch
a. d. Mz.

Emil Westgen, Müller zu Schiffingen.

J. Joachim, Getreidehändler zu Bergem.

Nikolaus Origer, Metzgermeister zu Esch
a. d. Mz.

Stanton Luxemburg.

Betriebsart A. — Transportunter-
nehmungen.

Wirkliche Mitglieder.

H. F. Waldauß, Direktor der Sekundär-
bahnen zu Luxemburg.

Karp-Kneip, Unternehmer zu Hol-
lerich.

Nikolaus Perrard, Kohlenhändler zu
Luxemburg-Merl.

Julius Neuberger, Eisenhändler zu Lu-
xemburg.

Ersatzmitglieder.

H. Michel Funt, Sohn, Baummaterialien-
händler zu Hollerich.

Eduard Neß, Transportunternehmer zu
Luxemburg.

Medernach, der ältere, Transportun-
ternehmer zu Hollerich.

E. Debidé-Hernandez, Transport-
unternehmer zu Hollerich.

Betriebsart B. — Hüttenwerken und
Maschinen.

Wirkliche Mitglieder.

H. Emil Bian, Direktor (Arbed) zu Dönnel-
dingen.

Mongenaft-Servais, Direktor
(Stahlwerk) zu Hollerich.

Ernst Warblé, Ingenieur zu Straßem.

Wilhelm Schmitz, Konstrukteur zu Merl.

Ersatzmitglieder.

H. Emil Flamman, Ingenieur zu Hol-
lerich.

Josef Moikheim, Messerfabrikant zu
Luxemburg.

August Greten, Maschinenhandlung zu
Hollerich.

Anton Bondrom, Ingenieur zu Merl.

Betriebsart C. — Steine und Erde,
Bauten, Beleuchtung, usw.

Wirkliche Mitglieder.

H. J. B. Wehrich, Steingrubenbesitzer zu
Hesperingen.

Michel Flammang, Unternehmer zu
Bonnevege.

Jos. Sar, Ingenieur der Stadt Luxem-
burg.

J. B. Kolbach, Schreiber zu Luxemburg.
Ersatzmitglieder.

H. J. Karp, Schieferdecker zu Luxemburg.
Jakob Lenz, Schreiner zu Luxemburg.
J. B. Michels, Unternehmer zu Luxemburg.
Romain Lecorvais, Elektriker zu Luxemburg.

Betriebsart D. — Verschiedenes.
Wirksliche Mitglieder.

H. Walter Bück, Buchdrucker zu Luxemburg.
Heinrich Jund, Bierbrauer zu Mondorf.
Viktor Bessfort, Buchdrucker zu Luxemburg.
Albert Reinhard, Handschuhfabrikant zu Luxemburg.

Ersatzmitglieder.
H. Josef Bessfort, Buchdrucker zu Luxemburg.
Eugen Beck, Sohn, Bürstenfabrikant zu Kollingergrund.
Paul Warisse, Metzger zu Luxemburg.
Josef Spanz, Bäckermeister zu Merl.

Ranton Redingen.

Wirksliche Mitglieder.
H. M. Manquette, Schiefergrubenbesitzer zu Martelingen.
Albert Rüborn, Industrielle zu Martelingen.
Johann Peter Kieffer, Tuchwarenfabrikant zu Platen.
Franz Toussaint, Müller zu Ueseldingen.

Ersatzmitglieder.
H. Heinrich Kergen, Mechaniker zu Eversingen.
Peter Sinner, Gerber zu Ueseldingen.
Josef Beck, Unternehmer zu Reimberg.
Nikolaus Schamano, Unternehmer zu Redingen.

Ranton Remich.

Wirksliche Mitglieder.
H. Michel Altwies, Industrielle zu Remich.
Johann Wilk, Mechaniker zu Remich.
Theod. Flammang, Sägemühlensbesitzer zu Mondorf.
Edmund Thomé, Sägewerk zu Birmenringen.

Ersatzmitglieder.
H. Johann Hansen, Steinbruch zu Lenningen.
Peter Brauch, Unternehmer zu Ellingen.
Josef Kopp, Pfafonierer zu Remich.
Michel Massard, Schmiedemeister zu Remich.

Ranton Vianden.

Wirksliche Mitglieder.
H. Georg Wehrich, Schieferdecker zu Vianden.
Nik. Sicken, Unternehmer zu Vianden.
Math. Vinand, Unternehmer zu Vianden.
Ludwig Baffing, Schreiner zu Vianden.

Ersatzmitglieder.
H. Jos. Wenh-Doener, Schreinermeister zu Vianden.
Nik. Bingen, Schmiedemeister zu Bettel.
Nik. Labouille, Unternehmer zu Graelingen.
J. B. Meisch, Drecherei zu Vianden.

Ranton Grevenmacher.

Wirksliche Mitglieder.
H. Moriz Duschcher, Industrielle zu Wecker.
Schod-Sinner, Elektrizitätswerksbesitzer zu Grevenmacher.
Albert Gbvers-Steffen, Steingrubenbesitzer zu Grevenmacher.
Karl Guill-Hart, Unternehmer zu Grevenmacher.

Ersatzmitglieder.
H. Michel Hurt, Unternehmer zu Biver.

Math. Prost, Kaufmann zu Grevenmacher
M. Fell, Müller zu Manternach.
Peter Würtz, Weinhändler zu Wormel-
dingen.

Kanton Clerf.

Wirkliche Mitglieder.

H. Emil Brüm, Industrielle zu Clerf.
Ludwig Rohner, Steingrubenbesitzer zu
Clerf.
Wilmes-Roenner, Unternehmer zu
Clerf.
Roenner-Elfen, Unternehmer zu Clerf.

Ersatzmitglieder.

H. Math. Gbdt, Blafonierer zu Clerf.
Jos. Neckinger, Müller zu Weiswam-
pach.
Wagner-Steichen, Unternehmer zu
Clerf.
Cornely-Porters, Müller zu
Clerf.

Kanton Diekirch.

Wirkliche Mitglieder.

H. Heinr. Walch, Schreiner zu Diekirch.
Ed. Gemen, Gießerei zu Diekirch.
Jos. Donnersbach, Blafonierer zu
Ettelbrück.
Heinrich Bettinger, Müller zu Betten-
dorf.

Ersatzmitglieder.

H. Mik. Walch, Unternehmer zu Gilsdorf.
Michel Walch, Unternehmer zu Gilsdorf.
Franz Gilson, Steinbruchbesitzer zu
Merschig.
Mik. Mettinger, Bildhauer zu Ettel-
brück.

Kanton Capellen.

Wirkliche Mitglieder.

H. Robert Collart (Eisen- u. Stahlwerke
A.-G.) zu Steinfort.
Leo Bofferding, Bierbrauer zu Nie-
derkerfchen.

Mik. Wagner, Müller zu Kleinbettingen.
Philipp Flenner, Blafonierer zu Mamer.

Ersatzmitglieder.

H. Mik. Bark, Unternehmer zu Eschen.
Ludwig Hoffmann, Kalkofenbesitzer zu
Mamer.
J. M. Müller, Steingrubenbesitzer zu
Nördingen.
Heinrich Epsen, Unternehmer zu Hob-
scheid.

Kanton Wilk.

Wirkliche Mitglieder.

H. Heinrich Wathgen, Unternehmer zu
Harlingen.
Demuth, Tuchwarenfabrikant zu Esch
a. d. Sauer.
Jos. Lambert, Gerber zu Wilk.
Tony Schlottert, Mechaniker zu Nie-
derwilk.

Ersatzmitglieder.

H. J. B. Schack, Tabakfabrikant zu Wilk.
Josef Peusch, Steinbruchbesitzer zu Rau-
tenbach.
Julius Simon, Bierbrauer zu Wilk.
Anton Glesener, Steinbruchbesitzer zu
Wilk.

Kanton Echternach.

Wirkliche Mitglieder.

H. Franz Rries, Tabakfabrikant zu Ech-
ternach.
Mik. Kettenhofen, Maschinenfabri-
kant zu Echternach.
J. B. Gierten, Steingrubenbesitzer zu
Born.
Georg Bollendorf, Unternehmer zu
Echternach.

Ersatzmitglieder.

H. Val. Weiwert, Bäckermeister zu Ech-
ternach.
Hubert Dunkel, Ratschenfabrikant zu Ech-
ternach.

Karl Zaminet, Steinhauer zu Vollenendorferbrücke.

Nikolaus Diederich, Steingrubenbesitzer zu Dillingen.

Kanton Meresch.

Wirkl. Mitglieder.

H. Math. Treinen, Direktor (Majerus u. Treinen) zu Colmar-Berg.

Ludwig Schneider, Steingrubenbesitzer zu Fels.

Luxembourg, le 20 juillet 1917.

*Le Ministre d'Etat,
Président du Gouvernement,
L. KAUFFMAN.*

Avis. — Timbre.

Il résulte d'une quittance délivrée par le receveur de l'enregistrement à Esch-s.-Alz., le 17 juillet 1917, vol. 41, art. 642, que la société anonyme luxembourgeoise pour la fabrication d'explosifs de sûreté, ayant son siège social à Kockelscheuer, a acquitté le droit de timbre à raison de cent actions au porteur d'une valeur nominale de cinq mille francs chacune à émettre par la dite société.

La présente publication est destinée à satisfaire à l'art 5 de la loi du 25 janvier 1872.

Luxembourg, le 20 juillet 1917.

*Le Ministre d'Etat,
Président du Gouvernement,
L. KAUFFMAN.*

Avis. — Timbre.

Il résulte d'une quittance délivrée par le receveur de l'enregistrement à Esch-s.-Alz., le 18 juillet 1917, vol. 41, art. 644, que la société anonyme, anciennement A. Weisen & Co, denrées coloniales en gros, établie à Esch-s.-Alz., a acquitté le droit de timbre à raison de cinq

J. B. Henschels, Sägemühlenbesitzer zu Meresch.

Camill Wiber, Direktor zu Wiffen.

Ersatzmitglieder.

H. Mit. Ludovich, Industrielle zu Fels.

J. B. Kasel, Unternehmer zu Reddingen.

Michel Pierret, Mühlenbauer zu Böwingen (Mtert).

Peter Elsen, Müller zu Reddingen.

Luxembourg, den 20. Juli 1917.

*Der Staatsminister,
Präsident der Regierung,
L. Kauffman.*

Bekanntmachung. — Stempel.

Aus einer vom Einregistraments-Einnehmer zu Esch a. d. Mz. unterm 17. Juli 1917, Band 41, Art. 642, ausgestellten Quittung erhellt, daß die „Anonyme Gesellschaft Luxemburger Sicherheits-Sprengstoff-Fabrik zu Kockelscheuer“, die Stempelgebühren entrichtet hat für 100 von gedachter Gesellschaft auszugebenden und auf den Inhaber lautenden Aktien, jede zu 5000 Fr.

Gegenwärtige Bekanntmachung soll der Bestimmung des Art. 5 des Gesetzes vom 25. Januar 1872 Genüge leisten.

Luxembourg, den 20. Juli 1917.

*Der Staatsminister,
Präsident der Regierung,
L. Kauffman.*

Bekanntmachung. — Stempel.

Aus einer vom Einregistraments-Einnehmer zu Esch a. d. Mz. unterm 18. Juli 1917, Band 41, Art. 644, ausgestellten Quittung erhellt, daß die „Anonyme Gesellschaft, ehemals A. Weisen u. Co., Lebensmittel en gros, zu Esch a. d. Mz.“, die Stempelgebühr entrichtet hat für fünfzehn

cents certificats d'inscriptions d'actions nominatives d'une valeur nominale de mille francs chacune, portant les nos 1 à 500.

La présente publication est destinée à satisfaire à l'art. 5 de la loi du 25 janvier 1872.

Luxembourg, le 21 juillet 1917.

*Le Ministre d'Etat,
Président du Gouvernement,
L. KAUFFMAN.*

Avis. — Service des audiences de la Cour supérieure de justice et des tribunaux d'arrondissement pendant les vacances de 1917 et pendant l'année 1917-1918.

Vacations.

Cour supérieure de justice. — Les audiences des vacations pendant l'année courante sont fixées au samedi, 18 août, et au samedi, 15 septembre, à 9½ heures du matin, pour toutes les affaires.

Tribunal d'arrondissement de Luxembourg. — Les audiences des vacations de l'année 1917 sont fixées comme suit:

A. Pour les affaires civiles et commerciales: au jeudi, 16 août, à 9½ heures du matin; pour les affaires correctionnelles, au vendredi, 17 août, et samedi, 18 août, chaque fois à 9½ heures du matin, et à 3 heures de relevée.

B. Pour les affaires civiles et commerciales: au jeudi, 30 août, à 9½ heures du matin; pour les affaires correctionnelles, au vendredi, 31 août, et au samedi, 1^{er} septembre, chaque fois à 9½ heures du matin et à 3 heures de relevée.

C. Pour les affaires civiles et commerciales: au jeudi, 13 septembre, à 9½ heures du matin; pour les affaires correctionnelles, au vendredi, 14 septembre, et au samedi, 15 septembre,

bert Eintrags-Certifikate von auf den Namen lautenden Aktien, mit einem Nominalwert von je 1000 Fr., mit den Nrn. 1 bis 500.

Gegenwärtige Bekanntmachung soll der Bestimmung des Art. 5 des Gesetzes vom 25. Januar 1872 Genüge leisten.

Luxemburg, den 21. Juli 1917.

*Der Staatsminister,
Präsident der Regierung,
L. Kauffman.*

Bekanntmachung. — Sitzungen des Obergerichtshofes und der beiden Bezirksgerichte während der Gerichtsferien von 1917 und während des Gerichtsjahres 1917/1918.

Ferienitzungen.

Obergerichtshof. — Die Ferienitzungen des laufenden Jahres sind auf Samstag, den 18. August, und auf Samstag, den 15. September, jedesmal um 9½ Uhr vormittags, festgesetzt für sämtliche Gerichtssachen.

Bezirksgericht zu Luxemburg. — Die Ferienitzungen des laufenden Jahres sind festgesetzt wie folgt:

A. Für Zivil- und Handelsachen auf Donnerstag, den 16. August, um 9½ Uhr vormittags; für Zuchtpolizeisachen, auf Freitag, den 17. August und Samstag, den 18. August, jedesmal um 9½ Uhr vormittags und um 3 Uhr nachmittags.

B. Für Zivil- und Handelsachen, auf Donnerstag, den 30. August, um 9½ Uhr vormittags; für Zuchtpolizeisachen auf Freitag, den 31. August, und auf Samstag, den 1. September, jedesmal um 9½ Uhr vormittags und 3 Uhr nachmittags.

C. Für Zivil- und Handelsachen, auf Donnerstag, den 13. September, um 9½ Uhr vormittags; für Zuchtpolizeisachen, auf Freitag, den 14. September, und Samstag, den 15. September,

chaque fois à 9½ heures du matin et à 3 heures de relevée.

Le tribunal consacrerá éventuellement les audiences correctionnelles à la continuation des affaires civiles et commerciales, enrôlées pour les audiences des vacations des 16 et 30 août et 13 septembre.

Tribunal d'arrondissement de Diekirch. — Les audiences des vacations pendant l'année 1917 sont fixées pour toutes les affaires au samedi, 18 août, et au samedi, 15 septembre, à 9½ heures du matin.

Audiences ordinaires pendant l'année judiciaires 1917-1918.

Cour supérieure de justice. — Les jours d'audience pendant l'année judiciaire 1917-1918 sont fixés aux jeudi et vendredi de chaque semaine à 9½ heures du matin pour les appels en matière civile et commerciale, et, au besoin, pour les affaires de cassation; au mardi de chaque semaine, à 9½ heures du matin, pour les affaires de cassation et, au besoin, pour les affaires civiles et commerciales; au samedi et au lundi, à 9½ heures du matin, et, au besoin, à 3½ heures de relevée, pour les appels en matière correctionnelle.

Tribunal d'arrondissement de Luxembourg. — Les audiences civiles sont fixées aux lundi, mardi, mercredi, et jeudi chaque fois à 9½ heures du matin, pour les affaires civiles ordinaires, l'audience de mercredi est consacrée au surplus à l'expédition des affaires disciplinaires; en outre, il y aura une audience civile le lundi, à 3 heures de relevée, pour les affaires civiles ordinaires pour les instances en divorce, les affaires domaniales, les poursuites en saisie immobilière, les demandes en Pro Deo et les recours en matière électorale. Selon les exigences du service, l'audience civile du jeudi et l'audience commerciale de samedi pourront être converties en audience commerciale et resp. civile.

jedesmal um 9½ Uhr vormittags und um 3 Uhr nachmittags.

Das Gericht wird gegebenenfalls die Buchtpolizeisitzungen auf die Erledigung der auf die Feriensitzungen vom 16. und 30. August und 13. September anberaumten Zivil- und Handelsachen verwenden.

Bezirksgericht zu Diekirch. — Die Feriensitzungen des laufenden Jahres sind für alle Gerichtssachen auf Samstag, den 18. August, und auf Samstag, den 15. September, um 9½ Uhr vormittags, festgesetzt.

Ordentliche Sitzungen während des Gerichtsjahres 1917/1918.

Obergerichtshof. — Die Sitzungen während des Gerichtsjahres 1917/1918 sind festgesetzt: für die Berufungen in Zivil- und Handelsachen, und nötigenfalls für Kassationsachen, auf Donnerstags, und Freitags jeder Woche, um 9½ Uhr morgens; für Kassations- und nötigenfalls für Zivil- und Handelsachen, auf Dienstags jeder Woche, um 9½ Uhr morgens; für Berufungen in Buchtpolizeisachen, auf Samstags und auf Montags jeder Woche, um 9½ Uhr vormittags und nötigenfalls um 3½ Uhr nachmittags.

Bezirksgericht zu Luxemburg. — Die Sitzungen für Zivilsachen sind festgesetzt auf Montags, Dienstags, Mittwochs- und Donnerstags, jedesmal um 9½ Uhr vormittags für die gewöhnlichen Zivilsachen; die Mittwochs-sitzung wird außerdem der Erledigung der Disziplinarsachen gewidmet, ferner findet eine Zivilgerichtssitzung Montags, um 3 Uhr nachmittags statt, für gewöhnliche Zivilsachen, Ehescheidungs-gesuche, Domanialsachen, Klagesachen betreffend Beschlagnahme von Grundgütern, Pro-Deo-Gesuche und Wahlsachen. Nötigenfalls können die Zivilgerichtssitzung von Donnerstag und die Handels-sitzung von Samstags in eine Handels-bezw. Zivilgerichtssitzung umgewandelt werden.

Les audiences commerciales sont fixées aux vendredi et samedi, chaque fois à 9½ heures du matin.

Les audiences correctionnelles sont fixées aux lundi, à 9½ heures du matin, mardi, à 9½ heures du matin et à 3 heures de relevée mercredi, vendredi et samedi, chaque fois à 9½ heures du matin. L'audience de l'après-midi du premier mardi de chaque mois sera réservée principalement pour les affaires répressives dirigées contre de jeunes délinquants.

L'audience de référé aura lieu le mardi, à 8½ heures du matin, ou à tout autre jour à fixer par M. le Président.

Tribunal d'arrondissement de Diekirch. — Le tribunal tiendra les audiences publiques les mardi, mercredi et jeudi de chaque semaine, chaque fois à 9½ heures du matin, pour les affaires civiles et domaniales, le lundi à 9½ heures du matin pour les affaires correctionnelles; le vendredi, à 9½ heures du matin pour les affaires commerciales et correctionnelles; le samedi, à 9½ heures du matin et à 2½ heures de relevée, pour les affaires correctionnelles et forestières. Les audiences de mardi seront également consacrées aux publications des requêtes en matière d'expropriation forcée et aux demandes en admission à plaider en debet. Les audiences de référé sont fixées au jeudi de chaque semaine, à 2½ heures de relevée ou à tout autre jour à fixer par M. le Président.

Luxembourg, le 25 juillet 1917.

*Le Ministre d'Etat,
Président du Gouvernement,
L. KAUFFMAN.*

Die Sitzungen für Handelsfachen sind festgesetzt auf Freitags und Samstags, jedesmal um 9½ Uhr vormittags.

Die Zuchtpolizeisitzungen werden Montags, um 9½ Uhr vormittags, und Dienstags, um 9½ Uhr vormittags und um 3 Uhr nachmittags, Mittwochs, Freitags und Samstags, jedesmal um 9½ Uhr vormittags stattfinden.

Die Nachmittagsitzung des ersten Dienstags eines jeden Monats wird insbesondere der Erledigung der gegen jugendliche Delinquenten gerichteten Strafverfahren vorbehalten.

Die Referatsitzung ist auf Dienstags, um 8½ Uhr vormittags, oder auf jeden anderen vom Hrn. Präsidenten zu bestimmenden Tag festgesetzt.

Bezirksgericht zu Diekirch. — Das Zivilgericht hält seine öffentlichen Sitzungen Dienstags, Mittwochs und Donnerstags in jeder Woche, jedesmal um 9½ Uhr vormittags für Zivil- und Domanialfachen; Montags um 9½ Uhr vormittags, für Zuchtpolizeifachen; Freitags, um 9½ Uhr vormittags, für Handels- und Zuchtpolizeifachen; Samstags, um 9½ Uhr vormittags und 2½ Uhr nachmittags, für Zuchtpolizei- und Forstfachen. Die Dienstagsitzungen werden ebenfalls der Veröffentlichung von Anträgen betreffend Zwangsenteignung und den Pro-Deo-Gesuchen gewidmet. Die Referatsitzungen sind festgesetzt auf Donnerstags in jeder Woche, um 2½ Uhr nachmittags, oder auf jeden anderen vom Hrn. Präsidenten zu bestimmenden Tag.

Luxemburg, den 25 Juli 1917.

Der Staatsminister,
Präsident der Regierung,
L. K a u f f m a n.

Arrêté grand-ducal du 27 juillet 1917, concernant la perception de nouvelles taxes sur les chemins de fer Prince-Henri, Secondaires, Vicinaux et Cantonaux.

Nous MARIE-ADÉLAÏDE, par la grâce de Dieu Grande-Duchesse de Luxembourg, Duchesse de Nassau, etc., etc., etc.;

Vu la loi du 15 mars 1915, qui confère au Gouvernement les pouvoirs nécessaires aux fins de sauvegarder les intérêts économiques du pays durant la guerre;

Notre Conseil d'État entendu;

Sur le rapport de Notre Directeur général des travaux publics et après délibération du Gouvernement en conseil;

Avons arrêté et arrêtons:

Art. 1^{er}. Nonobstant les dispositions tarifaires des cahiers des charges des chemins de fer Prince-Henri, secondaires, vicinaux et cantonaux, le Gouvernement pourra autoriser sur les dits chemins de fer la perception de taxes dépassant jusqu'à concurrence de 10% les maxima fixés par les cahiers des charges susmentionnés.

Art. 2. Notre Directeur général des travaux publics est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Château de Berg, le 27 juillet 1917.

MARIE-ADÉLAÏDE.

Le Directeur général
des travaux publics,

A. LEFORT.

Arrêté grand-ducal du 27 juillet 1917, concernant la perception de nouveaux tarifs sur les chemins de fer cantonaux.

Nous MARIE-ADÉLAÏDE, par la grâce de Dieu Grande-Duchesse de Luxembourg, Duchesse de Nassau, etc., etc., etc.;

Groß. Beschluß vom 27. Juli 1917, betreffend die Erhebung von neuen Zagen auf den Prinz-Heinrich-, Sekundär-, Vizinal- und Kantonalbahnen.

Wir Maria Adelsheid, von Gottes Gnaden Großherzogin von Luxemburg, Herzogin zu Nassau, etc., etc., etc.;

Nach Einsicht des Gesetzes vom 15. März 1915, welches der Regierung die nötige Befugnis erteilt zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen des Landes während des Krieges;

Nach Anhörung Unseres Staatsrates;

Auf den Bericht Unseres General-Direktors der öffentlichen Arbeiten, und nach Beratung der Regierung im Konseil;

Haben beschlossen und beschließen:

Art. 1. Ungeachtet der Tarifbestimmungen der Lastenhefte der Prinz-Heinrich-, Sekundär-, Vizinal- und Kantonalbahnen, ist die Regierung ermächtigt auf genannten Bahnen die Erhebung von Zagen zu gestatten, welche bis zu einem Betrage von 10% die in diesen Lastenheften vorgesehenen Höchstzagen überschreiten.

Art. 2. Unser General-Direktor der öffentlichen Arbeiten ist mit der Ausführung gegenwärtigen Beschlusses beauftragt.

Schloß Berg, den 27. Juli 1917.

Maria Adelsheid.

Der General-Direktor der
öffentlichen Arbeiten,
A. L e f o r t.

Groß. Beschluß vom 27. Juli 1917, betreffend Erhebung von neuen Tarifzagen auf den Kantonalbahnen.

Wir Maria Adelsheid, von Gottes Gnaden Großherzogin von Luxemburg, Herzogin zu Nassau, etc., etc., etc.;

Revu Notre arrêté en date du 30 juin 1916, portant approbation d'une convention modifiant diverses dispositions du cahier des charges des chemins de fer cantonaux, notamment le paragraphe 3 de cette convention;

Vu l'art. 27 de la loi du 16 janvier 1866, sur l'organisation du Conseil d'État, et considérant qu'il y a urgence;

Sur le rapport de Notre Directeur général des travaux publics et après délibération du Gouvernement en conseil;

Avons arrêté et arrêtons:

Art. 1^{er}. Par dérogation au paragraphe 3 de la convention précitée et jusqu'à disposition ultérieure, la société des chemins de fer cantonaux est autorisée à mettre en perception les nouveaux tarifs publiés à la suite de cette convention jusqu'au 1^{er} octobre 1917.

Art. 2. Notre Directeur général des travaux publics est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Château de Berg, le 27 juillet 1917.

MARIE-ADÉLAÏDE.

Le Directeur général
des travaux publics,
A. LIEFORT.

Avis. Enseignement primaire.

Il est porté à la connaissance des intéressés que l'examen pour le brevet d'enseignement primaire supérieur aura lieu aux jours suivants: l'examen écrit les 12, 13 et 14 septembre, et l'examen oral le 19 septembre.

Luxembourg, le 25 juillet 1917.

Le Directeur général de la justice
et de l'instruction publique,
L. MOUTRIER.

Nach Wiedereinsicht Unseres Beschlusses vom 30. Juni 1916, wodurch ein Vertrag betreffend Abänderung verschiedener Bestimmungen des Lastenheftes der Kantonalbahnen genehmigt wird, insbesondere § 3 dieses Vertrages;

Nach Einsicht des Art. 27 des Gesetzes vom 16. Januar 1866, über die Einrichtung des Staatsrates, und in Anbetracht der Dringlichkeit;

Auf den Bericht Unseres General-Direktors der öffentlichen Arbeiten und nach Beratung der Regierung im Conseil;

Haben beschlossen und beschließen:

Art. 1. Zu Abweichung des § 3 vorerwähnten Vertrags und bis auf weitere Verfügung, ist die Gesellschaft der Kantonalbahnen ermächtigt, die neuen, infolge dieses Vertrags veröffentlichten Tariffätze bis zum 1. Oktober 1917 zu erheben.

Art. 2. Unser General-Direktor der öffentlichen Arbeiten ist mit der Ausführung gegenwärtigen Beschlusses beauftragt.

Schloß Berg, den 27. Juli 1917.

Maria Adelsheid.

Der General-Direktor der
öffentlichen Arbeiten,
A. Liefort.

Bekanntmachung. — Primärunterricht.

Es wird den Interessenten zur Kenntnis gebracht, daß die Prüfung für das Oberprimär-brevet an folgenden Tagen stattfindet: schriftliche Prüfung am 12, 13. und 14. September, mündliche Prüfung am 19. September.

Luxemburg, den 25. Juli 1917.

Der General-Direktor der Justiz
und des öffentlichen Unterrichts,
L. Moutrier.

Avis. — Jury d'examen.

Par arrêté g.-d. du 27 juillet 1917, ont été nommés membres des jurys d'examen pour la collation des grades pendant l'année 1917-1918:

I. — Pour la philosophie et les lettres :

a) membres effectifs: MM. Jos. *Wagner*, conseiller de Gouvernement; Alf. *Houdremont*, directeur de l'école industrielle et commerciale d'Esch-s.-Alz.; Fr. *Bielecki*, Jos. *Tockert* et Nic. *Braunshausen*, professeurs au gymnase de Luxembourg.

b) membres suppléants: MM. Fr. *Manternach*, directeur de l'école industrielle et commerciale de Luxembourg; Jos. *Hansen*, professeur au gymnase de Diekirch et Math. *Esch*, professeur au gymnase de Luxembourg.

II. — Pour les sciences physiques et mathématiques.

a) membres effectifs: MM. Ph. *Hoffmann*, professeur à l'école industrielle et commerciale de Luxembourg; Mich. *Wengler*, professeur au gymnase d'Echternach; Nic. *Schmit*, professeur au gymnase de Luxembourg; G. *Soisson*, professeur à l'école industrielle et commerciale de Luxembourg, et J. *Koppes*, professeur au gymnase de Luxembourg.

b) membres suppléants: MM. J.-P. *Manternach*, professeur à l'école industrielle et commerciale d'Esch-s.-Alz.; Eug. *Thyes*, et Alph. *Wagner*, professeurs à l'école industrielle et commerciale de Luxembourg.

III. — Pour les sciences naturelles:

a) membres effectifs: MM. J.-P. *Faber*, professeur à l'école industrielle et commerciale de Luxembourg; Fél. *Heuertz*, professeur au gymnase de Luxembourg; Jos. *Robert*, professeur au gymnase de Diekirch; Gust. *Faber*, professeur au gymnase de Luxembourg, et P. *Weinachter*, professeur au gymnase d'Echternach.

Bekanntmachung. — Prüfungsjury.

Durch Großh. Beschluß vom 27. Juli 1917 sind zu Mitgliedern der Prüfungsjury für die Verleihung der Grade für das Jahr 1917/1918 ernannt worden:

I. — Für die Philosophie und Philologie:

a) zu Mitgliedern: die HH. Jos. *Wagner*, Regierungsrat; Alf. *Houdremont*, Direktor der Industrie- und Handelschule zu Esch a. d. Alz.; Fr. *Bielecki*, Jos. *Tockert* und Nic. *Braunshausen*, Professoren am Gymnasium zu Luxemburg.

b) zu Ergänzungsmitgliedern: die HH. Fr. *Manternach*, Direktor der Industrie- und Handelschule zu Luxemburg; Jos. *Hansen*, Professor am Gymnasium zu Diekirch und Math. *Esch*, Professor am Gymnasium zu Luxemburg.

II. — Für die physikalischen und mathematischen Wissenschaften:

a) zu Mitgliedern: die HH. Ph. *Hoffmann*, Professor an der Industrie- und Handelschule zu Luxemburg; Mich. *Wengler*, Professor am Gymnasium zu Echternach; Nic. *Schmit*, Professor am Gymnasium zu Luxemburg; G. *Soisson*, Professor an der Industrie- und Handelschule zu Luxemburg und J. *Koppes*, Professor am Gymnasium zu Luxemburg.

b) zu Ergänzungsmitgliedern: die HH. J. P. *Manternach*, Professor an der Industrie- und Handelschule zu Esch a. d. Alz.; Eug. *Thyes* und Alph. *Wagner*, Professoren an der Industrie- und Handelschule zu Luxemburg.

III. — Für die Naturwissenschaften:

a) zu Mitgliedern: die HH. J. P. *Faber*, Professor an der Industrie- und Handelschule zu Luxemburg; Fél. *Heuertz*, Professor am Gymnasium zu Luxemburg; Jos. *Robert*, Professor am Gymnasium zu Diekirch; Gust. *Faber*, Professor am Gymnasium zu Luxemburg und P. *Weinachter*, Professor am Gymnasium zu Echternach.

b) membres suppléants: MM. Edm. Klein, professeur au gymnase de Luxembourg; Eug. Bisénus, professeur à l'école industrielle et commerciale d'Esch-s.-Alz., et Ed. Pierret, professeur à l'école normale d'instituteurs.

IV. — *Pour le droit :*

a) membres effectifs: MM. M. Glaesener, procureur général d'État; P. Ulveling, vice-président de la Cour supérieure de justice; Guill. Leidenbach, président du tribunal d'arrondissement à Luxembourg; Ad. Lœsch et J.-P. Probst, avocats-avoués à Luxembourg.

b) membres suppléants: MM. J.-P. Kürsch, conseiller à la Cour supérieure de justice; Em. Reuter et L. Metzler, avocats-avoués à Luxembourg.

V. — *Pour le notariat :*

a) membres effectifs: MM. E. Hamélius, directeur du Crédit foncier et de la Caisse d'épargne; J. Delahaye, conseiller à la Cour supérieure de justice; Ed. Hemmer, notaire à Cap; Jos. Neuman, avocat-avoué, et A. Salentiny, notaire à Luxembourg.

b) membres suppléants: MM. Cam. Weckbecker, A. Würth et P. Küborn, notaires à Luxembourg.

VI. — *Pour la médecine :*

a) membres effectifs: MM. les docteurs Aug. Praum, directeur du laboratoire bactériologique à Luxembourg; Aug. Weber, médecin à Esch, Eug. Giver, Edm. Knaff, et Jos. Forman, médecins à Luxembourg.

b) membres suppléants: MM. les docteurs Math. Grechen, médecin à Luxembourg; Al. Loutsch, médecin à Pétange, Fr. Delvaux, médecin à Luxembourg.

VII. — *Pour la médecine-vétérinaire.*

a) membres effectifs: MM. J. Diederich, vétérinaire du Gouvernement à Luxembourg; Ch.

b) zu Ergänzungsmitgliedern: die H. H. Edm. Klein, Professor am Gymnasium zu Luxemburg; Eug. Bisénus, Professor an der Industrie- und Handelsschule zu Esch a. d. Alz. und Ed. Pierret, Professor an der Lehrer-Normalschule.

IV. — *Für das Rechtsstudium:*

a) zu Mitgliedern: die H. H. M. Glaesener, Oberstaatsanwalt; P. Ulveling, Vizepräsident des Obergerichtshofes; Will. Leidenbach, Präsident des Bezirksgerichts zu Luxemburg; Ad. Lœsch und J. P. Probst, Advokat-Anwälte zu Luxemburg.

b) zu Ergänzungsmitgliedern: die H. H. J. P. Kürsch, Obergerichtsrat; Em. Reuter und L. Metzler, Advokat-Anwälte zu Luxemburg.

V. — *Für das Notariat:*

a) zu Mitgliedern: die H. H. E. Hamélius, Direktor der Grundkreditanstalt und der Sparkasse; J. Delahaye, Obergerichtsrat, Ed. Hemmer, Notar zu Cap; Jos. Neuman, Advokat-Anwalt, und A. Salentiny, Notar zu Luxemburg.

b) zu Ergänzungsmitgliedern: die H. H. Cam. Weckbecker, A. Würth und P. Küborn, Notare zu Luxemburg.

VI. — *Für die Medizin:*

a) zu Mitgliedern: die H. H. Dr. Aug. Praum, Direktor des bakteriologischen Instituts zu Luxemburg; Aug. Weber, Arzt zu Esch, Eug. Giver, Edm. Knaff und Jos. Forman, Ärzte zu Luxemburg.

b) zu Ergänzungsmitgliedern: die H. H. Math. Grechen, Arzt zu Luxemburg; Al. Loutsch, Arzt zu Pétangen, Fr. Delvaux, Arzt zu Luxemburg.

VII. — *Für die Tierarzneikunde:*

a) zu Mitgliedern: die H. H. J. Diederich, Staatstierarzt zu Luxemburg; A. Aron-

Krombach, vétérinaire à Dudelange; *Em. Mark*, vétérinaire à Differdange; *Paul Koch*, vétérinaire à Luxembourg, et *L. Spartz*, vétérinaire et directeur de l'abattoir municipal de Luxembourg.

b) membres suppléants: MM. *F. Hoffmann*, vétérinaire du Gouvernement à Esch-s.-Alz.; *J.-N. Ries*, vétérinaire du Gouvernement à Diekirch, et *Jos. Reichling*, vétérinaire à Luxembourg-gare.

VIII. — Pour la pharmacie :

a) membres effectifs: MM. le docteur *M. Grechen*, médecin à Luxembourg; *H. Schroll*, pharmacien à Rumelange; *C. Aschman*, professeur à l'école agricole d'Ettelbruck; *Ed. Meyer*, pharmacien à Luxembourg-gare, et *Jos. Meisch*, pharmacien à Wiltz.

b) membres suppléants: MM. le docteur *E. Feltgen*, médecin à Luxembourg; *Ferd. Schuman*, pharmacien à Mondorf-les-Bains, et *Joseph Schommer*, pharmacien à Luxembourg.

Les différents jurys se réuniront le 20 août prochain à l'Hôtel du Gouvernement, à l'effet d'être installés et de recevoir communication des pièces produites par les récipiendaires qui désirent se présenter aux examens pendant la session ordinaire.

Les récipiendaires pour les diverses branches devront me faire parvenir leurs demandes avant le 17 août prochain, et y joindre:

1^o la quittance du receveur constatant le paiement des droits fixés par l'art. 43 de la loi du 8 mars 1875;

2^o les certificats et les diplômes justifiant qu'ils ont subi les examens antérieurs exigés par la loi;

3^o les certificats d'études dont les matières sont déterminées par les lois des 8 mars 1875 et 17 mai 1882.

Les récipiendaires sont priés d'indiquer dans les demandes d'admission les lieu et date de

bach, Tierarzt zu Dödelingen; *Em. Mark*, Tierarzt zu Differdingen; *Paul Koch*, Tierarzt zu Luxemburg und *L. Spartz*, Tierarzt und Direktor des städtischen Schlachthauses zu Luxemburg.

b) zu Ergänzungsmitgliedern: die Hh. *H. Hoffmann*, Staatstierarzt zu Esch a. d. M.; *J. N. Ries*, Staatstierarzt zu Diekirch; und *Jos. Reichling*, Tierarzt zu Luxemburg-Bahnhof.

VIII. — Für die Pharmazient:

a) zu Mitgliedern: die Hh. Dr. *M. Grechen*, Arzt zu Luxemburg; *H. Schroll*, Apotheker zu Rumelange; *C. Aschman*, Professor an der Ackerbauschule zu Ettelbrück; *Ed. Meyer*, Apotheker zu Luxemburg-Bahnhof und *Jos. Meisch*, Apotheker zu Wiltz.

b) zu Ergänzungsmitgliedern: die Hh. Dr. *E. Feltgen*, Arzt zu Luxemburg; *Ferd. Schuman*, Apotheker zu Mondorf, und *Jos. Schommer*, Apotheker zu Luxemburg.

Die Prüfungsjurys werden am 20. August künftig im Regierungsgebäude zu Luxemburg behufs ihrer Installation zusammentreten, allwo dieselben Mitteilung der von den Rezipienden der diesjährigen Sitzung eingereichten Schriftstücke erhalten werden.

Die Rezipienden in den vorgeschriebenen Fächern haben mir vor dem 17. August künftig ihre Gesuche nebst folgenden Belegstücken einzureichen:

1. die Quittung des Stenerneinnehmers über die Entrichtung der durch Art. 43 des Gesetzes vom 8. März 1875 festgesetzten Gebühren;

2. die Zeugnisse und Diplome, welche bezeugen, daß sie die vorgängigen gesetzlichen Prüfungen bestanden haben;

3. die Studienzeugnisse über die durch die Gesetze vom 8. März 1875 und 17. Mai 1882 vorgesehenen Gegenstände.

Die Rezipienden sind gebeten, in den Zulassungsgesuchen Ort und Datum ihrer Geburt,

leur naissance, ainsi que l'état ou la profession de leurs parents.

Luxembourg, le 27 juillet 1917.

*Le Directeur général de la justice
et de l'instruction publique,*
L. MOUTRIER.

Avis. — Règlement communal.

En séance du 2 juin 1917, le conseil communal de Dudelange a modifié la taxe pour le transport des cadavres, prévue par l'art. 12 du règlement communal du 23 décembre 1914. — Cette délibération a été dûment approuvée et publiée.

Luxembourg, le 21 juillet 1917.

Le Directeur général de l'intérieur,
M. KOHN.

Avis. — Associations syndicales.

Conformément à l'art. 10 de la loi du 28 décembre 1883, il sera procédé à l'enquête sur les projets et statuts d'associations syndicales à créer pour l'établissement de chemins d'exploitation à 1^o à Derenbach-Brachtenbach, lieux dits « Hensdorf », « In der Breit », 2^o à Berburg, lieu dit « Schengen Garten ».

Les pièces prévues par l'art. 1^{er} de l'arrêté r. g.-d. du 21 janvier 1885, seront déposées, pendant le délai indiqué, aux secrétariats communaux intéressés.

Luxembourg, le 27 juillet 1917.

*Le Directeur général de l'agriculture,
de l'industrie et du commerce,*
J. FABER.

Bekanntmachung. — Zollwesen.

Mit Gestung vom 29. Juni 1917 ab bis auf weiteres bleiben Säcke der bei der Beförderung von Waarengütern gebräuchlichen Art aus Geweben von Gespinnsten aus pflanzlichen Spinnstoffen sowie aus Geflechten von pflanzlichen Flechtstoffen bei der Einfuhr zollfrei. Soweit solche Säcke auf Grund

jetwie Stand oder Gewerbe ihrer Eltern anzugeben.

Luxemburg, den 27. Juli 1917.

*Der General-Direktor der Justiz,
und des öffentlichen Unterrichts,*
L. Moutrier.

Bekanntmachung. — Gemeindeclement.

In seiner Sitzung vom 2. Juni 1917 hat der Gemeinderat von Döbelingen die durch Art. 12 des Gemeindeclementes vom 23. Dezember 1914 vorgesehene Leichentransporttage abgeändert. — Diese Beratung ist vorschriftsmäßig genehmigt und veröffentlicht worden.

Luxemburg, den 21. Juli 1917.

Der General-Direktor des Innern,
M. Kohn.

Bekanntmachung. — Syndikatsgenossenschaft.

Gemäß Art. 10 des Gesetzes vom 20. Dezember 1883 erfolgt die Untersuchung über das Projekt und die Statuten einer zu bildenden Genossenschaft für die Anlage von Feldwegen zu 1. Derenbach-Brachtenbach Orte genannt „Hensdorf“, „In der Breit“, 2. Berburg, Ort genannt „Schengen Garten“.

Die durch Art. 1 des Regl. Großh. Beschlusses vom 21. Januar 1885 bezeichneten Aktenstücke werden während obiger Frist auf den betreffenden Gemeindefekretariaten offen liegen.

Luxemburg, den 27. Juli 1917.

*Der General-Direktor des Ackerbaus,
der Industrie und des Handels,*
J. Faber.

des § 6, Ziffer 6 des Zolltarifgesetzes als Verpackungsmittel zur Ausfuhr von Waren zollfrei abgelassen sind, ist der Nachweis der Wiederausfuhr nicht mehr zu fordern.

Als Massengüter im Sinne dieser Bekanntmachung gelten die als solche im Art. 11, Abs. 2, Ziffer 3 des Gesetzes, betreffend die Statistik des Warenverkehrs mit dem Auslande, vom 15. März 1907 („Memorial“ S. 101) und den zugehörigen Ausführungsbestimmungen bezeichneten Waren.

Als Ersatz dienende Säcke aus Papiergeweben oder Papiergeflechten sind wie die Gespinnstwaren, als deren Nachahmungen sie sich darstellen, nach den für diese Gespinnstwaren an sich geltenden Säcken zu verzollen.

Luxemburg, den 23. Juli 1917.

Der Staatsminister, Präsident der Regierung,
L. K a n f f m a n.

Avis. — Service sanitaire.

Bekanntmachung. — Sanitätswesen.

Tableau des maladies contagieuses observées dans les différents cantons du 7 au 21 juillet 1917.

Verzeichnis der in den verschiedenen Cantonen vom 7. bis 21. Juli 1917 festgestellten ansteckenden Krankheiten.

N ^o d'ordre.	Cantons.	Localités.	Fèvre typhoïde.	Dyphtérie.	Coqueluche.	Scarlatine.	Variole.	Affections puerpérales.
1	Capellen.	Hobscheid	»	1	»	»	»	»
		Nospelt	7	»	»	»	»	»
2	Esch s.-Alz.	Bettembourg	»	»	»	1	»	»
		Soleuvre	1	»	»	»	»	»
3	Luxembourg.	Hospice du Rham	1	»	»	»	»	»
		Hollerich	»	1	»	1	»	»
		Rollingergrund	»	»	»	1	»	»
		Sandweiler	»	1	»	»	»	»
		Weimerskirch	1	»	»	»	»	»
4	Clervaux.	Heinercheid	»	8	»	»	»	»
		Weicherdange	»	1	»	»	»	»
5	Bedange.	Hovelange	2	»	»	»	»	»
6	Wiltz.	Selscheid	»	1	»	»	»	»
		Wilwerwiltz	»	»	1	»	»	»
7	Remich.	Bech-Kleinmacher	»	»	1	»	»	»
		Remich	»	»	1	»	»	»
		Total ...	12	13	3	3	»	»